

A-2-B Armut bekämpfen, Absicherung für alle!

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 31.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

1 Vor 17 Jahren trat die Agenda 2010 in Kraft und damit auch ein massiver Umbau
2 des Sozialstaats. Das Ziel der Agenda war es, „den Standortfaktor Deutschland zu
3 stärken“ und die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Eindrücklich hat
4 sie gezeigt, dass nicht alles, was für die Wirtschaft gut ist, auch für die
5 Menschen gut ist. Im Zweifel heißt Standortfaktoren zu stärken nämlich, Löhne zu
6 senken und soziale Sicherungssysteme abzubauen.

7 Mit der Lockerung von Arbeiter*innenrechten schaffte man den größten
8 Niedriglohnsektor Europas. Was auf der einen Seite attraktiv für Unternehmen
9 ist, hat auf der anderen Seite Millionen von Menschen Armut gebracht. Fast
10 jede*r vierte Lohnarbeiter*in lebt heute knapp über oder unter der Armutsgrenze.
11 Mit Hartz 4 wurde eine Leistung geschaffen, die nicht zum Ziel hatte, Menschen
12 abzusichern und vor Armut zu schützen. Die Prinzipien von „Fordern und Fördern“
13 haben zum Ziel, Menschen schnellstmöglich zurück in den Arbeitsmarkt zu drängen.
14 Gefördert wird dabei jedoch lediglich der Niedriglohnsektor. Wer wählen muss
15 zwischen einer prekären Beschäftigung und der Aussicht, mit Hartz 4
16 zurückgelassen zu werden, hat keine richtige Wahl. Was dabei verloren geht, ist
17 das Recht auf Selbstbestimmung und die eigene Lebensgestaltung, sowie die
18 Perspektive, diesen Teufelskreis aus eigener Kraft verlassen zu können.

Eine Frage der Demokratie

19
20 Das Zusammenspiel von dem Auflösen sicherer Arbeitsverhältnisse und dem Wissen
21 darum, dass Hartz 4 keine wirkliche Existenzsicherung ist, führt zu einem
22 Verlust von Sicherheit und Vertrauen in Politik, Demokratie und Rechtsstaat und
23 damit auch zu einer gesellschaftlichen Spaltung. An dieser Spaltung versuchen
24 Rechte stetig mit ihren menschenfeindlichen Ideologien anzuknüpfen.

25 Spätestens damit wird das sozial- und arbeitsmarktpolitische „Weiter so!“ zur
26 fahrlässigen Gefährdung für unsere Demokratie. Die aktive Verweigerung von
27

28 konservativer und marktliberaler Politik, Armut in unserer Gesellschaft
29 konsequent zu bekämpfen, kommt der Förderung gesellschaftlicher Spaltung gleich.
30 Soziale Fragen betreffen nicht nur die diejenigen, die unmittelbar von Armut und
31 Ausbeutung betroffen sind, sondern uns alle: An ihnen misst sich, wie krisenfest
32 eine Gesellschaft ist und wie ernst wir das Versprechen auf gleichwertige
33 Lebensverhältnisse und den Anspruch auf ein Leben in Würde meinen. Der Kampf für
34 mehr soziale Gerechtigkeit ist ein Kampf für unsere Demokratie.
35 Gesellschaftliche Spaltung und der ständige Druck, nicht in Armutsverhältnisse
36 abzurutschen, führen zu Konkurrenzkampf, Abgrenzungskämpfen und verhindern
37 Solidarität und Zusammenhalt innerhalb unserer Gesellschaft. Es ist unsere
38 Pflicht als Verteidiger*innen der Demokratie, eine standhafte soziale
39 Absicherung und echte Perspektiven für gesellschaftliche und ökonomische
Teilhabe zu schaffen.

40 Dass es Armut gibt, ist kein Naturgesetz. Sie entspringt einer Gesellschaft, die
41 auf Klassengegensätzen aufbaut. Dass Wenige immer reicher werden können, liegt
42 nicht zuletzt daran, dass es auf der anderen Seite Ausbeutung und Armut gibt.
43 Die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden so aktiv aufrecht erhalten. Doch
44 wir sind nicht machtlos gegenüber diesem Ungleichgewicht, gesellschaftliche
45 Verhältnisse sind veränderbar: Gemeinsam kämpfen wir für eine Gesellschaft, in
46 der niemand in Armut leben muss, denn es reicht für uns alle! Wir brauchen eine
47 vollständige Abkehr von der Agenda 2010 und ihrem neoliberalen Geist. Im Fokus
48 unserer Politik stehen die Bedürfnisse der Vielen und nicht die Profitinteressen
49 der Wenigen.

50 **Armut und Ausbeutung bekämpfen, dem Niedriglohnsektor den** 51 **Kampf ansagen!**

52 Schnell denkt man bei Armut nur an Arbeitslosigkeit. Jedoch leben viele Menschen
53 in Armut, weil sie im Niedriglohnsektor feststecken. Unsere viel zu niedrigen
54 Mindestlöhne, Werkverträge, Leiharbeit und jahrelange Fehlentwicklungen im
55 Niedriglohnsektor zwingen schon jetzt Menschen, die arbeiten gehen, mit Hartz 4
56 aufzustocken.

57 Besonders die Berufsgruppen, die wir in der Coronakrise als
58 gesellschaftsrelevant erlebt haben, wie Pflege, Supermarktmitarbeiter*innen,
59 Putzkräfte und Menschen in der Ernte, im Schlachtbetrieb oder in der Baubranche
60 werden in den Niedriglohnsektor gezwungen und bekommen weniger Lohn als ihnen -
61 gemessen am gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit - zusteht. Unter der Prämisse
62 der Finanzkrise 2008 rechtfertigen Politiker*innen und Arbeitgeber*innen immer
63 noch prekäre und befristete Arbeitsverhältnisse, verdienen sich damit eine
64 goldene Nase oder rühmen sich mit einer niedrigen Arbeitslosenquote. Doch diese
65 Zahlen sind keine wirklichen Indikatoren für Wohlstand oder Gerechtigkeit - die
66 Folgen der Krise werden weiterhin auf den Schultern der Ärmsten abgeladen. Damit
67 muss Schluss sein. Wir sagen dem ausbeuterischen Niedriglohnsektor den Kampf an

68 und fordern:

69 • Einen armutsfesten Mindestlohn, der mindestens bei 15 Euro liegt und
70 ausnahmslos in jedem Alter und jedem Beschäftigungsverhältnis gilt,
71 ausdrücklich auch in Werkstätten für behinderte Menschen

72 • Die Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

73 • Die Umwandlung aller Minijobs in sozialversicherungspflichtige
74 Beschäftigungsverhältnisse

75 • Ein Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen

76 • Ein Verbot sachgrundloser Befristung von Arbeitsverträgen

77 **Absicherung für alle: Ein Sicherheitsnetz, das niemanden** 78 **zurücklässt!**

79 Wenn Menschen arbeitslos werden, braucht es ein Sicherheitsnetz, das sie
80 auffängt. Eine Grundsicherung ist ein Grundrecht und darf kein Instrument sein,
81 um Menschen wieder auf den Arbeitsmarkt zu zwingen. Hartz 4 ist dazu nicht in
82 der Lage, deswegen müssen wir es überwinden. Wir brauchen eine Grundsicherung,
83 die niemanden zurücklässt und Menschen auffängt, sie effektiv vor Armut schützt
84 und ihnen ein Leben in Würde und ohne Stigma und somit den Zugang zu
85 gesellschaftlicher, demokratischer und wirtschaftlicher Teilhabe ermöglicht. Zur
86 Finanzierung braucht es eine höhere Besteuerung von Einkommen, Vermögen und
87 Erbschaften. Als Eckpfeiler fordern wir:

88 • Ein Ende der Sanktionierung: Sanktionen sind ein Mittel, um Menschen in
89 Lohnarbeit zu zwingen, die nicht selten schlecht bezahlt, befristet oder
90 fern von den Interessen der jeweiligen Person liegen. Niemand darf zur
91 Arbeit gezwungen werden. Das Existenzminimum ist bedingungslos zu
92 gewährleisten, denn alles andere ist menschenunwürdig.

93 • Eine armutsfeste Höhe: Hartz 4 ist künstlich kleingerechnet und liegt
94 mindestens 200 Euro unter dem tatsächlichen Existenzminimum. Dadurch
95 verwehrt man Menschen Sicherheit und die Möglichkeit für Teilhabe an der
96 Gesellschaft. Wir fordern eine Grundsicherung in Höhe von mindestens 1100
97 Euro. Mitinbegriffen sind sowohl das Existenzminimum als auch die Kosten
98 der Unterkunft. Die individuelle Lebenssituation muss es dabei weiter
99 möglich machen, Mehrbedarfe zu beantragen.

- 100 • Eine automatische Auszahlung: Die Grundsicherung soll automatisch an alle
101 ausgezahlt werden, die in keinem Lohnarbeitsverhältnis sind. Niemand in
102 Lohnarbeit sollte mit der Grundsicherung noch aufstocken müssen, um über
103 die Armutsgrenze zu kommen. Solange es noch keinen armutsfesten
104 Mindestlohn gibt, sorgt die Grundsicherung dafür, dass niemand unterhalb
105 der Armutsgrenze leben muss. So machen wir Schluss mit verdeckter Armut.
106 Als Mittel zur Automatisierung kann sich eine Eingliederung ins
107 Steuersystem eignen.

108 Kinder haben ein Recht und einen eigenständigen Anspruch auf die Sicherung ihres
109 Existenzminimums. Wir fordern:

- 110 • Eine Kindergrundsicherung: Aktuell wird Familien in Hartz 4 das Kindergeld
111 angerechnet, während wohlhabende Familien sogar einen höheren Betrag als
112 das Kindergeld durch Steuerfreibeträge erhalten. Das ist nicht gerecht!
113 Wir wollen das Kindergeld durch die Kindergrundsicherung ablösen. Sie
114 stellt sicher, dass die Familien, die es am meisten benötigen, die meiste
115 finanzielle Unterstützung erhalten. Alle Familien bekommen den selben
116 Grundbetrag von mindestens 300 Euro, der das jetzige Kindergeld ersetzt.
117 Dazu kommt ein Zusatzbetrag, der mit dem Einkommen der Eltern abschmilzt.

118 Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und darf nicht vom
119 Geldbeutel abhängen. Gleichzeitig wird eine schlechte Gesundheitsversorgung
120 schnell zur Armutsfalle, deswegen fordern wir:

- 121 • Eine Bürger*innenversicherung: Unser Gesundheitssystem ist in zwei Klassen
122 unterteilt: Privat- und gesetzliche Krankenkassen. Um endlich aus diesem
123 ungerechten System auszusteigen, fordern wir eine Bürger*innenversicherung
124 für alle. Sie garantiert, dass niemand bei der Terminvergabe aufgrund des
125 höheren Einkommens bevorzugt wird und sichert allen Menschen unabhängig
126 vom Geldbeutel gleichberechtigt die notwendige Gesundheitsversorgung zu.

127 Der Kampf gegen soziale Spaltung ist nur zu gewinnen, wenn wir uns
128 zusammenschließen. Als GRÜNE JUGEND reihen wir uns in die Kämpfe der
129 Arbeiter*innen ein und machen klar: Eine Gesellschaft ohne Armut ist möglich!